



Leseprobe aus Bock et al., Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche
in den 1990er Jahren, ISBN 978-3-7799-7294-5

© 2023 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-7294-5](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-7294-5)

Inhalt

Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren. Ergebnisse und Perspektiven <i>Vero Bock, Lucia Bruns, Christin Jänicke, Christoph Kopke, Esther Lehnert und Helene Mildenberger</i>	7
I. Forschungsergebnisse „Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren“	29
„Ja, klar haben wir versagt!“ Polizeilicher Umgang mit jugendlichem Rechtsextremismus in den 1990er Jahren <i>Christin Jänicke und Helene Mildenberger</i>	30
„Bei mir haben sich auch die härtesten Nazis im Liebeskummer ausgeheult“. Genderreflektierende und antisemitismuskritische Perspektiven auf den sozialpädagogischen Umgang mit rechten Jugendlichen Anfang der 1990er Jahre <i>Vero Bock, Lucia Bruns und Esther Lehnert</i>	51
II. Antisemitismus, Rassismus und rechte Gewalt. Interdisziplinäre Perspektiven auf die 1990er Jahre in Ostdeutschland	71
Kontextbedingungen des Rechtsextremismus und rechter (Jugend-)Gewalt in Ostdeutschland zu Beginn der 1990er – eine Zeitreise <i>Ursula Birsl</i>	72
Perspektiven auf die Wahrnehmung extrem rechter Frauen in Forschung und Praxis der 1990er Jahre. Ein Plädoyer für die Differenzkategorie Ost/West und Intersektionen <i>Heike Radvan</i>	88
Erklärungspotenziale rassismuskritischer Polizeiforschung <i>Fiona Schmidt</i>	97

III. Jugendarbeit und Polizei revisited.	
Wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Erkenntnisse für die Gegenwart	105
Hundert Jahre Erziehung zu Gewalt und Hass. Zur Kontinuität rechtsextremer Jugendarbeit in Deutschland <i>Gideon Botsch</i>	106
Der <i>NSU-Komplex</i> in der Geschichtswerkstatt Erinnerungspolitische Ansätze in der Arbeit mit Jugendlichen zur Aufarbeitung von Zeitgeschehen in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft mit Bezug zur Jugendhilfe der 1990er Jahre <i>Danilo Starosta</i>	118
Gender Gap in der Rechtsextremismusprävention: Debatten, Ansätze und Ausblick <i>Judith Rahner</i>	125
Polizei im Umbruch – Politische Aktions- und Reaktionsformen auf den Rechtsextremismus seit 1990 <i>Hans-Gerd Jaschke</i>	134
Multiperspektivische und intersektionale Perspektiven auf die ,Baseballschlägerjahre‘ – Erinnerungspolitisches Gedenken der <i>Initiative Cottbus 92</i> <i>Miriam Friz Trzeciak und Stefanie Lindner für die Initiative Cottbus 92</i>	142
Autor*innenverzeichnis	151

Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren

Ergebnisse und Perspektiven

Vero Bock, Lucia Bruns, Christin Jänicke, Christoph Kopke,
Esther Lehnert und Helene Mildenerberger

Das Projekt Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren (JUPORE) an der Alice-Salomon-Hochschule (ASH) Berlin und der Hochschule für Wirtschaft und Recht (HWR) Berlin beschäftigte sich in den Jahren 2020 bis 2022 mit dem polizeilichen und sozialpädagogischen Handeln gegenüber rechten Jugendlichen Anfang der 1990er Jahre in Berlin und Brandenburg.

Wenn Marcelo P.¹ über den Herrentag 1990 spricht, wandert sein Blick in die Ferne und seine Augen werden traurig. Es ist der Tag, an dem der Industrieschweißer einem rechten Übergriff in Cottbus nur knapp entgeht. Er und sein Freundeskreis – alle Vertragsarbeiter*innen, viele davon ebenfalls schwarz – richten ihre Tagesplanung, ihre Wege, ihre Freizeitgestaltung danach aus, möglichen Übergriffen zu entgehen und bloß niemanden zu provozieren. Besonders gefährlich ist die Disco. Ein Freund von Marcelo wurde dort von einer jungen Frau mit einem Stöckelschuh verprügelt, „man konnte danach sogar Löcher sehen!“, erinnert er sich (B5). Als wir Marcelo im Rahmen des Forschungsprojektes im Herbst 2021 interviewen, ist es für uns als Forschende immer noch spürbar, wie präsent die alltägliche rechte Gewalt im Leben von Betroffenen auch Jahrzehnte später noch ist.

Die Jahre nach dem politischen und gesellschaftlichen Umbruch 1989/90 und die damit verbundenen politischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen waren einschneidend. Die Zeit war geprägt von rassistischen und rechten Ausschreitungen und Gewalttaten und stellten insbesondere für migrantisches und jüdisches Leben eine „gewaltvolle Zäsur“ dar (Lierke/Perinelli 2020). Erinnert sei an Hoyerswerda 1991, Rostock-Lichtenhagen 1992, Solingen 1993 sowie die Vielzahl der Todesopfer rechter Gewalt allein in den frühen 1990er Jahren. Mancherorts dominierten rechte Jugendkulturen die Straßen und schufen Angsträume für Menschen, die nicht in ihr Weltbild passten. Aus der Perspektive eines ehemals rechten Jugendlichen, den wir interviewten, wird die Straßendominanz dieser Zeit deutlich:

1 Name geändert, Interview B5

„Das war so ne ziemlich irre Zeit, weil diese Radikalisierung, die stattfand durch die Musik, die permanent lief, durch dieses Gefühl auf der richtigen krassen harten Seite zu stehen [...], in dem Augenblick, in dem du mit anderen 14-, 15-Jährigen mit Bomberjacke und Springerstiefeln und Baseballschlägern, so da gehen zehn auf der Straße, und wie viele Leute da die Straße wechseln, da fühlst dich stark. Du hörst permanent diese Musik, du bist permanent in diesem ganzen Ding drin, fühlst dich respektiert und alles vibriert so im Sinne von ‚Das ist das coole, das harte‘ [...].“ (B1)

In diesen Jahren entwickelte sich ein spezifisches gesellschaftliches Milieu und eine politische Kultur, die bis heute nachwirkt: Einige Jugendliche von damals nehmen heute teil an rassistischen Demonstrationen, kandidieren für rechtsextreme Parteien oder verüben rechtsterroristische Anschläge und Morde.

In unserem Projekt *JUPORE* konzentrierten wir uns mit dem Blick auf den Berliner Stadtbezirk Lichtenberg und die ehemalige DDR-Bezirkshauptstadt Cottbus auf zwei Orte, die als regionale ‚Hotspots‘ in Berlin und Brandenburg über viele Jahre hinweg durch eine hohe Anzahl an rechten Übergriffen auffielen bzw. bis heute auffallen. Betroffene, Journalist*innen, Opferberatungen, Mobile Beratungen gegen Rechtsextremismus, weitere zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Politiker*innen haben hier wichtige Aufklärungsarbeit geleistet und das Thema u. a. unter dem Schlagwort ‚Baseballschlägerjahre‘ in die Öffentlichkeit gebracht. Ausgelöst durch Erfahrungsberichte von Betroffenen rechter Gewalt und Beobachter*innen sowie dem Versuch der Aufarbeitung der Taten des rechtsterroristischen Netzwerkes *Nationalsozialistischer Untergrund* (NSU) wurden diese Kontinuitätslinien des (jugendlichen) Rechtsextremismus in die 1990er Jahre mehrfach betont. Deutlich wird eine zumindest temporäre rechte Hegemonie in einigen Regionen in dieser Zeit, die zur gewaltvollen ‚Normalität‘ für Betroffene wurde. Auch für unsere untersuchten Regionen entstand dieser Eindruck bei Beobachter*innen, wie sich eine Journalistin erinnert:

„für mich und für uns der Eindruck war, war eben: In der Stadt wissen es alle, ja. In der Stadt- es ist kein Geheimnis die treffen sich nicht konspirativ, es sind keine geheimen Zirkel oder Zellen, sondern das ist auch nicht in dem Sinne extremistische Szene an der Peripherie der Gesellschaft (...) alle stehen miteinander, die Polizei ist dabei, sozusagen die Skins sind dabei, es IST Teil der NORMALITÄT. Und es ist eine von allen so wahrgenommene und von KEINEM bis auf von den Linken infragegestellte Normalität.“ (B4)

Fachdiskurse in der Jugendarbeit und in der Polizei

Die bereits benannte Welle schwerer rechtsmotivierter Gewalttaten und Anschläge (u. a. Goddar 2016; Kleffner 2015; Lang/Wendt 2013) in den ersten Jahren

nach dem Mauerfall ging einher mit einer Entgrenzung und Popularisierung menschenfeindlicher Einstellungen in weiten Teilen der Gesellschaft. Neben dem massiven Rassismus und Antisemitismus war die Zeit besonders beeinflusst von einer sich rasch ausbreitenden rechtsextremen Jugendszene (Langebach/Raab 2011; Porath/Reinert 2014; Wagner 1990) und einem sprunghaften Anstieg entsprechender schwerer Straf- und Gewalttaten. Dabei erfuhr die zeitgenössische Jugendforschung in der Deutung der Gewalt und Erklärung des Anstiegs rechter und rechtsextremer Jugendszenen eine bedeutsame Funktion. Bestimmt wurde die zeitgenössische Jugendforschung von westdeutschen Akteur*innen, Begriffen und Prämissen (Hölzl 2021, S. 262). Breite Rezeption erfuhren dabei die Veröffentlichungen Wilhelm Heitmeyers, der sich unter dem Einbezug des Konzepts der „Risikogesellschaft“ (Beck 1986) der wissenschaftlichen Betrachtung rechter und rechtsextremer Einstellungen unter westdeutschen Jugendlichen widmete (Heitmeyer 1992). In seinen Ausführungen zur Modernisierungsoffertheorie werden Gewalt und Rechtsextremismus unter Jugendlichen dabei als Folge ambivalenter Prozesse in der westlichen Industriegesellschaft begriffen, denen die Subjekte im Sozialisationsprozess ausgesetzt sind (Wahl 1993, S. 53). Rechtsextreme Orientierungen und die zunehmende Gewalt erscheinen dabei nicht als Ursache der aktuellen Probleme von Jugendlichen, sondern resultieren aus Desintegrationsprozessen, entstanden durch ambivalente Prozesse in der kapitalistischen Industriegesellschaft (Heitmeyer 1994, S. 49).

Aufgrund der immensen Zunahme rassistischer, rechter und antisemitischer Straf- und Gewalttaten sowie einer verstärkten Präsenz rechter Jugendkulturen wurde Anfang der 1990er Jahre innerhalb der Sozialen Arbeit zunehmend die Frage des Umgangs mit rechten Jugendlichen diskutiert. Im Windschatten der rassistischen Ausschreitungen bzw. als Reaktion darauf etablierte die Bundesregierung das sogenannte *Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt* (AgAG), das erste Modell- und Sonderprogramm, welches sich zwischen 1992 und 1996 gezielt gewalttätigen rechten Jugendlichen widmete. Gleichzeitig hatte das Programm die Aufgabe, den Ausbau der Jugendarbeit in den neuen Bundesländern voranzutreiben, die mit der Wende abgewickelt worden war, und im Bereich der Jugendhilfe ein tiefgreifendes Vakuum hinterlassen hatte (Bohn/Münchmeier 1997; Böhnisch/Fritz/Seifert 1997; Weber 1999).

Die erste dezidierte Konzeptionierung der sozialpädagogischen Arbeit mit rechten Jugendlichen war zeitlich nur wenig vorgelagert. Ende der 1980er Jahre entwickelte Franz-Josef Krafeld anhand von Praxiserfahrungen mit rechten Skincliquen innerhalb eines Projekts an der Fachhochschule in Bremen das Konzept der „akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen“ (Krafeld 1992). Die akzeptierende Arbeit, bis dahin vor allem im Bereich der Drogenarbeit anerkannt, wurde damit auf den Bereich des Rechtsextremismus übertragen. Die zeitgenössische Jugendforschung, vor allem sei hier Heitmeyers Modernisierungsoffertheorie (1992) genannt, prägten die Prämissen und die inhaltliche

Ausbuchstabierung von rechtsextremen Orientierungen das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit ungemein (Bruns 2019, S. 29). Die Rezeption und konzeptionelle Übersetzung für den Bereich der Jugendforschung lautete: Nicht „primär die ‚Bekämpfung‘ bzw. ‚Zurückdrängung‘ rechtsextremer Einstellungen und Gewalt [steht] im Mittelpunkt, sondern die Unterstützung der Jugendlichen bei ihrer konkreten Lebensbewältigung“ (Buderus 1998, S. 115). Die Jugendarbeit zielte daran anschließend auf die ‚Ursachen‘ rechter Gewalt ab, die vor allem in einer sozialen Vereinzelung, Orientierungslosigkeit und steigenden Arbeitslosigkeit gesehen wurden. Dies sollte wiederum den rechtsextremen Einstellungen und der rechten Gewalt auf der Straße entgegenwirken. Das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen entwickelte sich, auch aufgrund seiner Pionierfunktion (und dem Fehlen von Alternativen) in der Arbeit mit dieser Zielgruppe, rasch zum wichtigsten Konzept in Ost- und Westdeutschland und bildete auch die sozialpädagogische Grundlage in den meisten der AgAG-Projekte (Buderus 2001).

Die generelle Frage, wie die Jugendarbeit auf die steigende Dominanz rechter Jugendcliquen und rassistischer Gewalt reagierte sowie das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit, bildeten die Ausgangspunkte einer kontroversen Fachdebatte innerhalb der Sozialen Arbeit. Kritik erfuhr die Fokussierung der Jugendarbeit auf männliche und gewalttätige Personen. Auch wenn Rechtsextremismus – recht einseitig – als männliches Problem begriffen wurde, erfolgte keine dezidierte Auseinandersetzung mit geschlechtertheoretischen Reflexionen (vgl. Birsl 1994, S. 42). Kritiker*innen wie Rudolf Leiprecht und Birgit Rommelpacher problematisierten zudem eine zunehmende „Sozialpädagogisierung des Problems Rechtsextremismus“ (Scherr 1992, S. 19), verwiesen auf die genderreflektierenden sowie rassistuskritischen Leerstellen und die daraus resultierende Fokussierung der Jugendarbeit auf diejenigen rechten Jugendlichen, die Gewalt ausübten (Rommelpacher 1993, S. 206)

Der Umgang mit rechten Straf- und Gewalttaten ist seit vielen Jahren Gegenstand polizeilicher Praxis und findet sich als Themenstellung in der Aus- und Fortbildung der Polizei (Kopke 2019). Im Zuge der Aufarbeitung der Ermittlungen zur rassistischen Anschlägs- und Mordserie des NSU wurde vielfach auf eine fehlerhafte polizeiliche Analyse im Feld Rechtsextremismus hingewiesen (Deutscher BT 2013). Deutlich war vom Versagen der Sicherheitsbehörden – Polizei und Nachrichtendienste – die Rede. Dies lenkte – vergleichbar mit dem Diskurs in der Sozialen Arbeit – den Blick auf Kontinuitätslinien im Umgang mit jugendlichem Rechtsextremismus in die 1990er Jahre (Frevel/Sturm 2015; Kopke 2016). Mit Blick auf den Forschungsstand wird deutlich, dass bereits in den 1990er Jahren eine Fehlwahrnehmung und mangelhafte Betrachtung von Rechtsextremismus und Rassismus in der Wissenschaft und der Polizei diskutiert wurde (Jaschke u. a. 1994, 2001; Wagner u. a. 1990, 2014). Durch sichtliche Überforderung,

umstrittene Einsätze, taktische Fehleinschätzungen und mangelnde Präsenz bei pogromartigen Krawallen – etwa 1992 in Rostock-Lichtenhagen – standen die Polizeibehörden wiederholt in der öffentlichen Kritik. Auch ‚im Inneren‘ der Polizei stellten rechtsextreme Einstellungen und Handlungen zu dieser Zeit ein deutliches Problem dar (Heuer 2009; Jaschke 1998; Polizei-Führungsakademie 1996). Fälle, in denen Polizist*innen in rechtsextreme Aktivitäten verwickelt waren oder offenkundig rechtmotivierte Gewalt von ihnen ausging, machten bundesweit Schlagzeilen (Lausberg 2012, S. 111–116; Bürgerrechte & Polizei/CILIP/Diederichs 1995).

Gleichzeitig sahen sich die Polizeibehörden der neuen Länder besonders häufig mit dem Vorwurf von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Gruppen, linksalternativer Subkultur und Opferberatungsstellen konfrontiert, politisch ‚auf dem rechten Auge‘ blind zu sein und nicht mit gleichem Maße gegen ‚rechts‘ wie gegen ‚links‘ vorzugehen. Gunhild Korfes deutete dies soziologisch, dass es durch die „unter einigen Angehörigen der Sicherheitsorgane verbreitete autoritäre Einstellung“ zur Abneigung gegen Angehörige alternativer Jugendsubkulturen und damit „zumindest zur passiven Solidarisierung“ mit rechtsextrem motivierten Straftätern gekommen sei (Korfes nach Siegler 1991, S. 82). Hans-Gerd Jaschke kam Anfang der 1990er Jahre zu dem Schluss, dass „die Unterschiede in der ‚Bearbeitung‘ von Links- und Rechtsextremismus gravierend und die Reaktionen gegen ‚links‘ insgesamt entscheidender und konsequenter sind“ (Jaschke 1991, S. 59f.) als gegen die extreme Rechte. Auch aus diesen Gründen sah sich die Polizei gezwungen, Konsequenzen zu ziehen. Ab 1992 setzte ein Prozess ein, in dessen Verlauf die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Zusammenarbeit mit Politik und Zivilgesellschaft eine immer größere Bedeutung innerhalb der Polizei Brandenburgs erlangen und zu einem zentralen Thema für die Brandenburger Politik im Bereich Innere Sicherheit werden sollte (vgl. u. a. Botsch/Kopke 2010).

Zum Begriff Rechtsextremismus

Bevor wir uns im Weiteren den jeweiligen Sozialräumen zuwenden und unser Forschungsdesign vorstellen, ist es unabdingbar darzulegen, welche Begrifflichkeiten zentral für unser Forschungsprojekt waren und mit welchen je nach Disziplin unterschiedlichen Begriffsverständnissen wir es zu tun haben.

Innerhalb der Sozialwissenschaften, der staatlichen Institutionen und der öffentlichen Diskussion über ‚Rechtsextremismus‘, ‚Rechtsradikalismus‘ oder die ‚extreme Rechte‘ werden diese Begriffe nicht nur konträr verwendet oder definiert, sondern es existieren eine Vielzahl konkurrierende Begrifflichkeiten, um die Thematik, das Phänomen oder den Gegenstand zu beschreiben (vgl. dazu Virchow/Häusler 2022). Der Begriff ‚Rechtsextremismus‘ ist ein oft kritisiertes Konstrukt, ein ‚Containerbegriff‘, dem bestimmte Handlungen und Verhaltensweisen sowie

Einstellungen und Positionen zugeordnet werden. Er ist weniger umstritten als die Konstrukte ‚Extremismus‘ und ‚Linksextremismus‘ (vgl. zur unübersichtlichen Debatte stellvertretend: Berendsen/Rhein/Uhlig 2019; Fuhrmann 2019; Grimm 2018; Jaschke 2021). Es gibt auch explizit überzeugende Versuche, den Rechtsextremismusbegriff unter Verzicht einer allgemeinen Theorie des Extremismus zu definieren (vgl. u. a. Holzer 1993; Botsch 2017). Generell lässt sich zusammenfassend sagen, dass sich der Begriff „trotz aller berechtigten Kritik [...], seiner oft unscharfen und unterkomplexen Verwendungen und seiner vielfach staatlich-normativen Prägung [...] weitgehend durchgesetzt hat“ (ZRex 2021, S. 3). Er findet deswegen auch in einer Reihe von Texten dieses Sammelbandes seine Verwendung. Im Rahmen einer akteurszentrierten Herangehensweise (vgl. dazu Botsch 2017) wird häufig auch von der „extremen Rechten“ gesprochen, um den Fokus auf die politisch bzw. praxeologisch handelnden Subjekte bzw. agierenden Strukturen zu legen.

Wir benutzen mit dem Terminus ‚Rechte Jugendliche‘ jedoch bewusst einen noch weiter gefassten Begriff. Die Debatte über ‚Rechtsextremismus in der Jugend‘ ist keineswegs neu, schließlich ist diese, wie Dudek und Jaschke bereits 1982 schrieben, „tief verwurzelt in der Geschichte der Bundesrepublik“ (Dudek/Jaschke 1982, S. 53). Ende der 1970er und im Verlauf der 1980er Jahre entwickelten sich in beiden deutschen Staaten neue, sich selbst als rechts verstehende Jugendsubkulturen, die verschiedene Entwicklungsphasen durchliefen (vgl. u. a. Wagner 1994; Langebach/Raabe 2011; Wagner 2014) und nach der ‚Wende‘ und ‚Wiedervereinigung‘ in weiten Teilen Ostdeutschlands und zum Teil auch in vor allem ländlichen Räumen Westdeutschlands auch auf Jugendliche außerhalb einer engen neonationalsozialistischen Szene eine erhebliche Anziehungskraft ausübten. Zum Thema ‚Rechte Jugendliche‘ existiert eine breite Literatur in den Erziehungswissenschaften, in der Jugendforschung oder in der Sozialen Arbeit (vgl. die Literatur im Beitrag von Bock/Bruns/Lehnert in diesem Band).

Während die Polizeibehörden sich einerseits grundsätzlich am Extremismusbegriff orientieren, wie ihn auch die Verfassungsschutzbehörden verwenden, operieren sie andererseits in der Praxis faktisch mit einem weiteren Rechtsextremismusbegriff. Zum Beispiel beschäftigen sich Staatsschutzabteilungen mit einer (durchaus diffusen), ‚rechten Szene‘ und auch mit dem Begriff von der ‚politisch motivierte Kriminalität/rechts‘ werden auch rechtsmotivierte Straftaten als solche identifiziert, die der herrschenden (und unflexiblen) Definition gemäß (noch) nicht als ‚extremistisch‘ zu klassifizieren sind. Denn die Polizei ist dafür zuständig, Straftaten zu verhindern bzw. aufzuklären – ‚Extremist‘ zu sein, stellt aber per se keinen Straftatbestand dar und sollte die Polizei nur insofern interessieren, mögliche Tatmotive zu erkennen. Im Feld der Gewaltprävention oder der Bekämpfung von Jugendkriminalität gibt es mit unterschiedlichen Aufgabenstellungen durchaus Berührungspunkte mit der sozialen Arbeit, die sich zwischen Dialog, Kooperation und Abgrenzung bewegen (vgl. die Beiträge in Möller 2010; Soziale Arbeit 5/6 2019).

Fokusregionen

Ein zentraler Ausgangspunkt des interdisziplinär und multiperspektivisch ausgerichteten Forschungsprojektes JUPORE war der Befund, dass in Berlin und Brandenburg regionale ‚Hotspots‘ auszumachen sind, die über viele Jahre hinweg durch eine hohe Anzahl an im weiteren Sinne rechtsmotivierten Gewalttaten auffallen. Ausgehend von der Prämisse, dass sich ein spezifisches gesellschaftliches Milieu und damit einher gehend spezifische politische Kultur bereits seit den 1990er Jahren herausgebildet und verfestigt hat, fiel die Auswahl auf den Berliner Bezirk Lichtenberg sowie die Stadt Cottbus.

Beide Orte waren in der Zeit der Transformationsgesellschaft von einer deutlichen Sichtbarkeit rechter Jugendcliquen im Stadtbild geprägt. Es häuften sich rechte Übergriffe, zudem kam beiden Regionen eine Bedeutsamkeit für die Mobilisierungsstrategien rechter Gruppierungen zu. Für den polizeilichen Fokus war interessant, dass in beiden Regionen Herrenfußball-Clubs (*BFC Dynamo* und *Energie Cottbus*) eine wichtige Rolle spielten und diese Clubs eine in Teilen gewalttätige und politisch rechtsstehende Fanszene hatten, in den Hooligangruppierungen von Bedeutung waren. Diese Hooligans standen schon zu DDR-Zeiten durch rechte Umtriebe im Licht der Öffentlichkeit. Weiterhin fand sich an beiden Orten mindestens ein Jugendclub, dessen Adressat*innen und Nutzer*innen (größtenteils) rechte Jugendliche bis hin zu organisierten rechtsextremen Kader*innen darstellten.

Berlin-Lichtenberg

Der Bezirk Berlin-Lichtenberg bestand (bis zur Bezirksfusion mit Hohenschönhausen im Jahr 2000) aus den Ortsteilen Lichtenberg, Fennpfuhl, Rummelsburg, Friedrichsfelde und Karlshorst. 1990 lebten im Bezirk Lichtenberg 167 000 Menschen, 1998 waren es nur noch 159 000, der Anteil der Menschen mit nicht-deutscher Staatsbürger*innenschaft stieg im gleichen Zeitraum von 4,4 % auf 9,2 % (Statistisches Landesamt Berlin 1990, 1998). Die weitaus größte Altersgruppe im Jahr 1990 stellen (mit ca. 20 % der Lichtenberger Bevölkerung) die Jahrgänge 1936 bis 1945 dar, die der Generation der Kriegskinder zugeordnet werden können (vgl. Rosenthal 1994, S. 2 f.). Der Altersdurchschnitt im Bezirk lag 1990 bei 39 Jahren (Statistisches Landesamt Berlin 1990).

Entwicklung vor und nach 1989

Im Arbeiter*innenbezirk Lichtenberg wurde in den 1970er Jahren Wohnraum für junge (Klein-)Familien geschaffen (vgl. Zürn 1993, S. 55). Insbesondere in den Neubauten südlich der Frankfurter Allee wohnten – aufgrund der räumlichen

Nähe zur Zentrale des *Ministeriums für Staatssicherheit* (MfS) in der Normanntenstraße – viele Mitarbeiter*innen des DDR-Geheimdienstes. Dies könnten ein Teil einer Erklärung für die demografische Struktur des Bezirks sein (größte Altersgruppe war die der ‚Kriegskinder‘). Der Bahnhof Lichtenberg ist schon zu DDR-Zeiten ein wichtiger subkultureller Ort gewesen, zudem befand sich auf dem Gelände der Erlöserkirche in Rummelsburg der Jugendclub *Pro-Fi-Keller*, in dem unterschiedliche Jugendkulturen (Skins, Rocker, Punks, Fußballfans des verfeindeten *FC Union* und des ehemaligen Stasi-Vereins *BFC Dynamo*) sich an unterschiedlichen Abenden treffen konnten (vgl. Zürn 1993, S. 54; vgl. Luzar et al. 2006, S. 12).

Der Fall der Mauer und die Begleiterscheinungen der Transformationsgesellschaft beschleunigten gesellschaftliche Krisenprozesse. Die Jugendlichen rund um den Bahnhof Lichtenberg, die bereits vorab mit großen Problemen zu kämpfen hatten, waren zur Wendezeit mit steigender Jugendarbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit und tragischen Erwerbsbiografien der eigenen Eltern (viele davon ehemalige Stasi-Mitarbeiter*innen) konfrontiert. Der gesellschaftliche Transformationsprozess in Lichtenberg wurde zeitgleich von einem sich verfestigenden neonazistischen Milieu geprägt; so galt der Bezirk Lichtenberg unter geografischen und sozialstrukturellen Gesichtspunkten als ein geeigneter Ort für neonazistische Gruppierungen aus dem Westen, um neue Anhänger*innen anzuwerben und ein rechtes Milieu in Ostberlin zu verankern. Insbesondere im Weitlingkiez wohnten bereits Funktionsträger der rechtsextremen Szene, zudem war das Quartier, abgeschirmt durch zwei Bahngleise, territorial überschaubar und schien dadurch auch für gewalttätige Auseinandersetzungen gut geeignet (Luzar et al. 2006, S. 12).

Rechte Strukturen und Gefährdung

Schon vor der Wende stellte Ostberlin, als Hauptstadt der DDR, einen zentralen Ort rechter Milieubildung dar. Mit der sogenannten *Nationalen Alternative* (NA) war am 31.01.1990 die erste rechtsextreme Partei in der DDR in Berlin-Lichtenberg gegründet worden. Die Gründungsmitglieder Frank Lutz und Andre Riechert waren an dem rechtsextremen Überfall auf ein Konzert mit den Bands *Element of Crime* und *Die Firma* in der Zionskirche am 17.10.1987 beteiligt². Fast alle Funktionär*innen der NA wuchsen im Bezirk auf und „ihre Väter waren

2 Dieser Überfall wird in der Rechtsextremismusforschung als „Zäsur in der Wahrnehmung des Rechtsradikalismus in der DDR bezeichnet“ (Wagner 2014, S. 132), da fortan die Existenz rechtsradikaler Strukturen durch den selbsternannten antifaschistischen Staat auch öffentlich nicht mehr zu leugnen war (vgl. ebd.).

unter anderem Journalisten, Intendanten, hauptamtliche SED-Funktionäre und Stasi-Mitarbeiter“ (Luzar et al. 2006, S. 13).

Eine besondere Strahlkraft für die rechte Szene ging vor allem von dem rechten ‚Hausprojekt‘ in der Weitlingstr. 122 aus. Das Gebäude war den jungen Neonazis vom Bezirk angeboten worden, um die Nähe zu linken Hausbesetzungen zu vermeiden. Durch die *Bürgerinitiative Wohnraumsanierung/WOSAN*, einer eigens gegründeten Struktur der NA, konnte sogar ein geregeltes Mietverhältnis (Vertragsunterzeichnung: 20. April 1990) ermöglicht werden. Der Bezirk entwickelte sich zum Anlaufpunkt für Rechtsextreme und Sympathisant*innen aus dem ganzen Bundesgebiet.³

In der Literatur wird auf die Situation am Bahnhof Lichtenberg hingewiesen, die nach der ‚Wende‘ fortan auch von wohnungslosen Migrant*innen geprägt war. Vor allem Rumän*innen aus Osteuropa, die über keine feste Unterkunft verfügten, strandeten an dem damals wichtigen Umsteigebahnhof auf der Suche nach einem sicheren Wohnort.

Viele öffentlichen Plätze und Straßenzüge waren in Lichtenberg als Angsträume bekannt und wurden von potenziell Betroffenen rechter Gewalt bewusst gemieden. In der Gegend rund um die Weitlingstraße und dem Bahnhof Lichtenberg kam es immer wieder zu Angriffen auf schwarze Deutsche, ehemalige Vertragsarbeiter*innen, Migrant*innen, Punks und nicht-rechte Jugendlichen (vgl. Luzar et al. 2006, S. 17).

Cottbus

Auch Cottbus blieb nach 1989/90 von einem umfassenden Strukturwandel nicht verschont. Während in der DDR die Textilindustrie sowie die Energiegewinnung durch Braunkohlereviere in der Lausitz einen wichtigen Teil der Wirtschaft ausmachten, verwandelte sich die Stadt nach 1990 zu einem Dienstleistungs-, Wissenschafts- und Verwaltungszentrum.

Bevölkerungsstruktur

Im Jahr 1990 lebten über 125.000 Menschen in der Stadt im Süden des heutigen Landes Brandenburg. Der Zenit der Bevölkerungsentwicklung ist im Wendejahr erreicht, fortan sinkt die Zahl der Einwohner*innen in den 1990er Jahren kontinuierlich auf um die 100.000. Cottbus verlor innerhalb von acht Jahren ca.

3 Auch die Täter des grausamen Mordes an der 32-jährigen Beate Fischer im Juli 1994 lernten sich hier kennen (vgl. Feldmann et al. 2018, S. 99 [unter Verwendung des Pseudonyms ‚Erika Meister‘ für die Betroffene]).

9% aller Einwohner*innen; davon anteilig mehr Frauen als Männer (Stadtverwaltung Cottbus 2018). Die kreisfreie Stadt blieb nach der Landeshauptstadt Potsdam dennoch die zweitgrößte Stadt des Bundeslandes. Eine hohe und in der Tendenz steigende Arbeitslosigkeit prägte die Region nach der Wende: während im Jahr 1998 der Bundesdurchschnitt bei 10,9% lag, befand sich die Arbeitslosenquote in Cottbus bei 18,14%. (Bundesagentur für Arbeit 2004).

Neben der Textilindustrie entwickelte sich in Cottbus im 20. Jahrhundert die Energiegewinnung als ein zentraler Wirtschaftsfaktor. Besonders die Lausitzer Braunkohlereviere südlich der Stadt stellten für die DDR-Industrie eine wichtige Energiequelle dar. Doch nach 1990 brachen sowohl die ohnehin schon schwindende Textilindustrie als auch die kohleverarbeitende Industrie zusammen (Stadt Cottbus 2019). Der Strukturwandel im Zusammenhang mit der Energiewende ist bis heute weiterhin ein aktuelles Thema der Region. Um dem Niedergang der Industrie und der Abwanderung von Arbeitskräften entgegenzuwirken, gründete das Land Brandenburg am 15. Juli 1991 die *Brandenburgische Technische Universität* (BTU Cottbus).

Rechte Strukturen und Gefährdung

Auch Cottbus war und ist als Hotspot rechter Aktivitäten bekannt. Besonders berüchtigt für rechte Hegemonie waren in den 1990ern die Stadtteile Sandow und das von Großwohnsiedlungen geprägte Sachsenorf. Bereits in den 1980er Jahren hatten sich verschiedene subkulturelle Szenen entwickelt, von denen einige mit rechten Ideologien sympathisierten. Auch gab es erste Ansätze organisierter rechter Strukturen, wie die Kameradschaft Cottbus. Im Dezember 1989 wurden die Kameradschaften Cottbus und Dresden zu Ortsverbänden der rechts-extremen Kleinstpartei *Deutschen Alternative*. Die *Deutsche Alternative* war im Mai 1989 in Bremen gegründet worden. Unter Beteiligung der Führungselite der bundesdeutschen Neonazis fand im Juli 1990 der erste ordentliche Parteitag der Partei mit 120 Teilnehmenden in Kiekebusch bei Cottbus statt. Maßgeblich beteiligt war Frank Hübner, der 1985 nach einer mehrmonatigen Haftstrafe durch die Bundesrepublik freigekauft worden war und 1989/90 nach Cottbus zurückkehrte. Der Mitte 20-Jährige wurde 1991 nach dem Tod des Parteigründers und seinem politischen Ziehvater Michael Kühnen Bundesvorsitzender der *Deutschen Alternative* und baute die Kleinstpartei in Cottbus auf. „Mit sozialen Parolen, geschickter Jugendarbeit und militanter Aktivität sind die Neonazis von der ‚Deutschen Alternative‘ vor allem durch jugendlichen Zulauf in Cottbus drittstärkste Mitgliederpartei geworden“ (Der SPIEGEL 1992). Nach zeitgenössischen Angaben, sollen der *Deutschen Alternative* in Cottbus und Umgebung bis zu 200 Mitglieder angehört haben mit einem noch etwas stärkerem Umfeld (vgl. Angermann 2021,

S. 84). Als „neonazistische Erlebnis- und Tatgemeinschaft“ (ebd., S. 87) kann ihre Rolle in der damaligen rechten Szene Cottbus kaum unterschätzt werden.

Vermehrt kam es seit 1989 zu rechten und rassistischen Angriffen auf linke, alternative, nicht-rechte Jugendliche und Migrant*innen. Auch Vorfälle, denen antipolnische Ressentiments bzw. antislawischer Rassismus zugrunde lagen, waren seit den 1980ern immer wieder an der Tagesordnung (Wagner 2014, S. 161). So randalierten am 24. August 1991 etwa 120 Rechte in Cottbus. Sie zertrümmerten Fensterscheiben, Autos und schlugen einen Mann, der mit Schädelfraktur ins Krankenhaus geliefert werden musste, versuchten Geld zu erpressen und griffen ein Einsatzfahrzeug der Polizei an; so heißt es in der Polizeimeldung (LR 1991). Einen weiteren Höhepunkt rechter Gewalt bildeten die pogromartigen Ausschreitungen in Cottbus-Sachsendorf: Vom 28. bis 31. August 1992 griffen mehrere hundert Neonazis, organisiert mit Funkgeräten und bewaffnet mit Steinen und Molotow-Cocktails, eine Unterkunft für Asylsuchende an (siehe Beitrag der *Initiative Cottbus '92* in diesem Band).

Neben vereinzelten Versuchen der Stadtgesellschaft, sich mit der Thematik rechter Gefährdung auseinanderzusetzen, wie z. B. einem Runden Tisch für Gewaltlosigkeit oder dem Versuch eine Befriedung der Jugendszenen durch ein Fußballturnier zwischen rechten und linken Gruppen im Jahr 1991, gab es Anfang der 1990er Jahre keine nennenswerten Akteur*innen in der Stadt, die sich der Bedrohung durch extrem Rechte Strukturen und Personen annahmten. Einzelne Akteure der Stadtverwaltung sowie der Jugendarbeit versuchten die rechten Jugendlichen ‚von der Straße zu holen‘. Trotz zahlreicher Vorfälle rechter und rassistischer Angriffe blieb Tenor in der Stadtgesellschaft jedoch: Gewalt ist das Problem, unabhängig der Ideologien und Motive der Angreifenden (beispielhaft ist dies in einer von Maybrit Illner und Jan Carpentier moderierten ORB-Talkshow *Mittendrin* aus dem Jahr 1991 zu beobachten). Es waren vorrangig linke, alternative Jugendliche, die als Betroffene und/oder antifaschistisch Organisierte gegen die rechte Dominanz vorgingen.

Forschungsdesign und Methoden

In unserer Studie haben wir uns einer Methodentriangulation bedient. Hierbei verfolgten wir das Ziel, das damalige sozialpädagogische und polizeiliche Handeln möglichst umfassend und multiperspektivisch zu rekonstruieren. Den untersuchten Sozialräumen in Berlin und Brandenburg haben wir uns anhand von ethnografischen Begehungen und dem damaligen Fachdiskurs anhand einer Literaturanalyse genähert. Auf Basis dessen haben wir problemzentrierte (leitfadengestützte) Interviews (PZI) nach Witzel (2000) mit u. a. ehemaligen Fachkräften der Jugendarbeit und Polizei durchgeführt. Des Weiteren haben wir Expert*innen aus der wissenschaftlichen Begleitung, damalige AgAG-Berater*innen,

Engagierte aus der Zivilgesellschaft, Journalist*innen, die über jugendlichen Rechtsextremismus in den untersuchten Sozialräumen Anfang der 1990er berichtet haben, einen ehemaligen Angehörigen der rechtsextremen Jugendkultur in einem Sozialraum und Betroffene rechter Gewalt interviewt. Zusätzlich haben wir diverse Hintergrundgespräche geführt.

Bei der Auswahl unserer Interviewpartner*innen konnten wir auf unsere Netzwerke innerhalb von Sozialer Arbeit, Polizei und Zivilgesellschaft zurückgreifen. Außerdem haben uns diese weitere für uns interessante Kontakte vermittelt (Schneeballsystem). Zusätzliche Interviewpartner*innen wurden aufgrund von Veröffentlichungen angesprochen. Insbesondere vor dem Hintergrund unserer geschlechterreflektierten und rassismus- und antisemitismuskritischen Perspektiven haben wir gezielt nach Frauen und Betroffenen rechter Gewalt als Interviewpartner*innen gesucht. Der Einbezug von rassismus- und antisemitismuskritischen Perspektiven geschah auch durch spezifische Fragen in den Interviewleitfäden, der Auswahl von Interviewpartner*innen und in der Auswertung.

Das konzeptuelle Ziel der problemzentrierten Interviewführung besteht darin, der subjektiven Sichtweise des Gesprächsgegenübers auf das individuelle Handeln im Kontext gesellschaftlicher Realitäten möglichst unvoreingenommen gegenüber zu treten (vgl. Witzel 2000, S. 1). Das „induktiv-deduktive Wechselspiel“ (ebd.) entwickelte sich aus der Methodologie der Grounded Theory, wobei das PZI die These vertritt, dass Forschende zwangsläufig ein wie auch immer geartetes Vorwissen zu ihrem Forschungsgegenstand mitbringen, das als (transparentgemachte) erkenntnisleitende Einfassung dienen kann (vgl. ebd.). Die Relevanzsetzung hinsichtlich der Thematik wird dabei dem*der Befragten überlassen und der Narrationsfluss durch eher dialogische Fragen angeregt. Zentral hierbei sind Problemzentrierung, Gegenstandsorientierung und Prozessorientierung. Letztere bezieht sich auf den gesamten Forschungsverlauf. Der Kommunikationsprozess verläuft emphatisch und akzeptierend und fokussiert die Rekonstruktion von Orientierungen und Handlungen. So kann bei den Interviewpartner*innen Vertrauen und Offenheit entstehen, weil sie sich in ihrer Problemsicht ernst genommen fühlen. Dieses Vertrauensverhältnis fördert die Erinnerungsfähigkeit und motiviert zur Selbstreflexion. Indem die Befragten ihre Problemsicht ‚ungeschützt‘ in Kooperation mit der Interviewer*in entfalten, entwickeln sie im Laufe des Gesprächs immer wieder neue Aspekte zum gleichen Thema, Korrekturen an vorangegangenen Aussagen, (gewünschte) Redundanzen, und Widersprüchlichkeiten (ebd. 3).

Alle Interviews wurden von zwei Beteiligten unseres Forschungsteams geführt. Im Nachgang hatten wir so die Möglichkeit uns über das Interview, die Stimmung, Irritationen, zentrale Aspekte, Widersprüche und Herausforderungen auszutauschen, um diese Überlegungen dann in reflexiven Memos festzuhalten. Die Interviews wurden vollständig transkribiert und anhand der qualitativen Inhaltsanalyse nach Uwe Kuckartz (2018) ausgewertet. Die Kategorienbildung

erfolgte deduktiv (entlang der Leitfäden) und induktiv aus dem Material heraus. Die Interviewleitfäden waren jeweils professionsspezifisch an der Sozialen Arbeit oder an der Polizei orientiert. Zentral für die Auswertung war auch, diese in den zeithistorischen Kontext zu setzen, und die damaligen gesellschaftliche Bedingungen, Herausforderungen und sich daraus ergebende Überforderungen sowie den damals verbreiteten Forschungsstand einzubeziehen.

Das erhobene Datenmaterial ermöglichte die Rekonstruktion des sozialpädagogischen und polizeilichen Handelns, welches über 30 Jahre zurück liegt. Bei einer quellenkritischen Betrachtung des Materials eröffnen sich vielfältige Fragen zu möglichen Effekten und Schlussfolgerungen auf die vollzogenen Interpretationen. Bei der Rekonstruktion des Handelns handelt es sich um eine Rückschau von Expert*innen aus Polizei, Sozialer Arbeit und Zivilgesellschaft, um Erinnerungen auf den eigenen sozialpädagogischen oder polizeilichen Umgang mit rechten Jugendlichen. Es lässt sich durch die Interpretationen nicht sagen, ob es sich bei der Rückbetrachtung auf das eigene Handeln um wahre oder falsche Erinnerungen handelt, und ob die Darstellung des eigenen Handelns eins zu eins übermittelt wird. Harald Welzer merkt dazu an, dass „Zeitzeugeninterviews nicht als Quelle dafür zu betrachten [sind], wie etwas gewesen ist, sondern wie etwas von heute aus als vergangenes Ereignis wahrgenommen wird.“ (Welzer 2012, S. 258). Es geht somit nicht um die Suche nach der historischen Wahrheit. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass die Erzählungen über Verzerrungen, Beschönigungen und bewusste Leerstellen verfügen können. Die Erzählung von Zeitzeugen – und als solche sind auch die damaligen Fachkräfte und Polizist*innen zu betrachten – sind demnach als Konstruktionen zu behandeln, in denen „ein Erzähler seine Auffassung von Vergangenheit einem Zuhörer zu vermitteln versucht.“ (ebd., S. 258). Der soziale und kommunikative Kontext sowie die Adressat*innen formen die Erzählung der Vergangenheit mit und müssen dementsprechend Eingang finden in die Interpretation des Gesagten. Insbesondere im Kontext der Fachdebatten über den Umgang mit rechten Jugendlichen und mit rechter Gewalt, die seit den 1990er Jahren kontrovers und zuweilen sehr emotional geführt werden, ist das kein trivialer Hinweis. Es ist davon auszugehen, dass die Erinnerungen einem eigenen Interpretationsprozess unterliegen, der durch die Fachdebatten und der gegenwärtigen Haltung, die wiederum Auswirkungen auf die eigene Fachlichkeit hat, betrachtet werden muss. Die Erinnerungen von Zeitzeug*innen müssen als „vermittelte Erinnerungen“ (ebd., S. 248) behandelt werden, sind Material über „das Fortwirken von Geschichte in aktuellen sozialen Prozessen“ (ebd., S. 248). Mit diesem Einwurf wird ersichtlich, dass dem Blick zurück auf das eigene Handeln, welcher durch die Interviews geleistet wird, vielfältige Deutungen und Interpretationen über die Gegenwart entnommen werden können. Wenn wir das damalige Handeln unter genderreflektierenden bzw. antisemitismus- und rassismuskritischen Perspektiven betrachten, eröffnet sich also ein Interpretationsraum über die Gegenwart. Daran anknüpfend ist zu fragen, wie in der Gegenwart die Relevanz

der Kategorie Geschlecht im sozialpädagogischen und polizeilichen Handeln mit rechten Jugendlichen konstruiert wird, inwiefern hier antisemitische und rassistische Stereotypisierungen, Deutungen und Narrative wirkmächtig sind und ob der Blick zurück über reflexive Momente verfügt.

Zentral für unsere Forschung ist der Einbezug von genderreflektierenden und antisemitismus- und rassismuskritischen Perspektiven. Die Relevanz der Kategorie Geschlecht im Rechtsextremismus erfuhr erst ab den frühen 1990er Jahren – und damit parallel zum Zeitpunkt des betrachteten Handelns – im Fachdiskurs zögerliche Verbreitung. Genderreflektierende Perspektiven, die sich dezidiert auf das sozialpädagogische Handeln mit rechten Jugendlichen richteten, sind dem damaligen Fachdiskurs nur in ausgewählten Artikeln zu entnehmen. Für den Fachdiskurs innerhalb der Profession Polizei liegen für den von uns untersuchten Zeitraum weder rassismus-, antisemitismuskritische noch genderreflektierende Perspektiven vor. Im Forschungsprozess, und hier insbesondere gegenüber unseren Interviewpartner*innen, haben wir diese Perspektiven immer transparent gemacht. Unser Forschungsteam bestand aus fünf Frauen (vier davon deutlich jünger als ein Großteil der von uns befragten Personen) und einem Mann. Der größere Teil der Interviews wurden von je zwei Frauen, eine Reihe von Interviews wurden gemischtgeschlechtlich durchgeführt. Auffällig hier – und gut in den Memos dokumentiert – war, dass ungeachtet davon, dass wir in der Konzeption der gemischtgeschlechtlichen Interviewsettings bewusst die jeweilige Frau als verantwortlich für die Gesprächsführung vorgesehen hatten, der männliche Projektleiter als der eigentliche Gesprächspartner wahrgenommen wurde. Zusätzlich zu diesem Verhalten, gaben einige der männlichen Interviewpersonen den jüngeren Frauen ungefragt Tipps für ihre weiteren Berufswege. Fragen zu Mädchen und Frauen in der damaligen rechten Szene waren Bestandteil aller Interviewleitfäden. Diese wurde in unserer Wahrnehmung in den meisten Fällen pflichtschuldig beantwortet. Da sich jedoch, bis auf ganz wenige Ausnahmen, im Weiteren nicht mehr auf Mädchen und Frauen bezogen wurde, sondern vielmehr von ‚den Jugendlichen‘ gesprochen wurde (was sich auf unsere Nachfrage in der Regel auf männliche Jugendliche oder junge Männer bezog), müssen wir davon ausgehen, dass weibliche Perspektiven kaum eine Rolle gespielt haben – auch nicht in der Erinnerung. Vielmehr wird in den Erzählungen vieler männlicher Interviewpartner ein männliches Netzwerk erinnert: Frauen kommen hier kaum als Zielgruppe des professionellen Handelns vor. Außerdem wird sich, ungeachtet davon, dass unsere männlichen Interviewpartner auch weibliche Kolleginnen hatten, an diese auch nicht erinnert. Mehr noch fällt eine durchweg positive Erinnerung an andere Männer: als Kollegen, Zielgruppe und geschätzte Experten aus der Wissenschaft, auf. In der gemeinsamen Reflexion der Interviews nahmen wir diese Erinnerungen als Konstruktion einer ‚Boysgroup‘ und damit als Konstruktion eines homosozialen männlichen Raums war.

Leerstellen und weitere Forschungsperspektiven

Die politische Sozialisation rechter und rechtsextremer Jugendlicher in den 1990er Jahren erfolgte in einem politischen Klima, das deutlich von rechten und rassistischen Übergriffen und der Konsolidierung eines spezifischen gesellschaftlichen Milieus geprägt wurde. Unsere Forschung zeigt, dass das politische Klima der 1990er Jahre nicht ohne die Geschichte der DDR und unter Einbezug der komplexen Bedingungen der Transformationsgesellschaft verstanden werden kann. Das Weiterwirken von aus der DDR (bewusst und unbewusst) übernommenen bzw. tradierten Wissensbeständen, Erziehungsstilen und Handlungslogiken, ist in diesem Zusammenhang kaum betrachtet und wenig beforscht worden. Hier ist weitere Forschung im Bereich der Jugendarbeit und der Polizei notwendig.

Ansatzpunkte für weitere Beschäftigungen könnte hier die Jugendhilfe und Pädagogik der DDR im Umgang mit rechten Jugendlichen darstellen, in denen das auf den sowjetischen Pädagogen Makarenko zurückgehende Prinzip der „Kollektiverziehung“ (Mannschatz 1970) zentrale Bedeutung einnimmt. Hier wurde die Erziehung des Menschen zur sozialistischen Persönlichkeit sowie die Fürsorge/Soziale Arbeit für vulnerable Personen in die Verantwortung des gesellschaftlichen Kollektivs gelegt (Kuhlmann 2013, S. 116). Dessen Folgen bekamen in erster Linie diejenigen zu spüren, die mit dem Stigma der Abweichung und des „Asozialen“ markiert wurden (Radvan 2019, S. 5). Neben Punks und „Gruf-tis“ wurden auch rechte Jugendliche als „deviant“ kategorisiert oder des „Rowdytums“ bezichtigt (Wagner 2014, S. 309). Ihnen drohte Unterbringungen in Heimen, Jugendwerkhöfen und Inhaftierungen (Kuhlmann 2013, S. 119). Neben diesen staatlichen Zwangsmaßnahmen existierten auch widerständige Praxen der Sozialpädagogik, vornehmlich in Kreisen der Kirche (Radvan 2019, S. 185).

Für das Feld der Polizei ist erkennbar, dass es hinsichtlich des Umgangs mit Rechtsextremismus für die ehemalige Volkspolizei wenige Erfahrungen gab: In der DDR lagen politische Tatbestände in der Regel nicht in der Zuständigkeit der Polizei, sondern des *Ministeriums für Staatssicherheit* (MfS). Schon in der DDR entstanden einzelne Forschungsarbeiten zum Rechtsextremismus aus kriminologischer Sicht (Fittkau 1990, anknüpfend an Forschungen von Niederländer 1989). Spätere Arbeiten widmeten sich zwar dem Blick des MfS auf den Rechtsextremismus (u. a. Süß 1993/2000; Förster 2018; Voigtländer 2019), der polizeiliche Umgang wurde bisher jedoch kaum gesondert betrachtet. Unbeleuchtet bleibt, wie sich das – insbesondere durch den Rowdy-Paragrafen geprägte – Verständnis des Rechtsextremismus in der DDR auf das polizeiliche Handeln in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft auswirkte. Zudem ist offen, welche Bedeutung Ost- und Westnarrative in der Rekonstruktion des polizeilichen Umgangs mit Rechtsextremismus in der Umbruchszeit konkret hatten. Kann von einer „Blaupause West“ im Sinne von Steffen Mau ausgegangen werden, in der Konzepte „wie im Kopiervorgang“ übernommen wurden (Mau 2019, S. 135)? Welche Erfahrung

von Ossifizierung (Heft 2018) haben die Zusammenarbeit möglicherweise ver- stellt und inwiefern wird das Narrativ eines Braunen Ostens, dass Rechtsextremismus als „Sonderfall Ost“ (Quent 2015) versteht, reproduziert?

Für den theoretischen Zugang zum empirischen Material wurde ein Schwerpunkt auf genderreflektierende sowie rassismus-, antisemitismuskritische Perspektiven gelegt. Uns war es wichtig das marginalisierte Wissen von Betroffenengruppen in die Rekonstruktion des polizeilichen und sozialpädagogischen Umgangs aktiv einzubeziehen, sodass gezielt Interviews mit Betroffenen rassistischer und rechter Gewalt geführt wurden. Gleichzeitig werden bei einer kritischen Betrachtung der Forschungsergebnisse intersektionale Forschungsdesiderata deutlich, die die unterschiedlichen Interdependenzen von Differenzkategorien in den Blick nehmen. Bezüglich einer antisemitismuskritischen Betrachtung des Forschungsschwerpunktes lässt sich feststellen, dass die rechten und rechtsextremen Inszenierungen innerhalb rechter Jugendkulturen Anfang der 1990er Jahre von einer enormen NS-Verherrlichung geprägt waren, der ein offener Antisemitismus zugrunde liegt. Daran anknüpfend müssten daher verstärkt antisemitismuskritische Perspektiven in den Blick genommen werden, die den polizeilichen und sozialpädagogischen Umgang mit rechten Jugendlichen und damit auch den Umgang mit antisemitischen Selbstinszenierungen dieser Jugendlichen rekonstruieren.

Bei der selbstreflexiven Betrachtung des Forschungsverlaufs werden zudem eigene Leerstellen im Hinblick auf die methodische Umsetzung der Forschung sichtbar. So wurden quantitativ weniger Frauen im Rahmen unserer Forschung befragt, somit dominieren männliche Perspektiven, Erzählungen und Deutungen das empirische Material. Da sich diese Tendenz schon zu Beginn der Forschung abzeichnete, wurde im Rahmen der Interviews (und innerhalb der jeweiligen Professionen und Felder) sehr spezifisch nach Frauen gefragt, dieses Ungleichgewicht konnte jedoch auch mit einer großen Sensibilität nicht eingeholt werden.

Zu den Beiträgen

Der vorliegende Band präsentiert Ergebnisse des Forschungsprojektes „Jugendarbeit, Polizei und rechte Jugendliche in den 1990er Jahren“: Ein Teil der hier publizierten Ergebnisse wurde erstmals auf der Abschlusstagung des Projektes am 24. März 2022 an der *Alice Salomon Hochschule Berlin* vorgestellt. Erweitert sind diese Ergebnisse durch Beiträge aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft.

Der Sammelband ist in drei Kapitel geteilt: Den Beginn machen die beiden zentralen Beiträge des Forschungsteams zu den Ergebnissen des Projektes JUPORE. Zunächst stellen Christin Jänicke und Helene Mildenerger vor, was die Polizei in den 1990er Jahren unter jugendlichem Rechtsextremismus verstand und

welche Strukturen und Konzepte sie entwickelte, um dem Problem entgegenzuwirken. Anschließend betrachten Vera Bock, Lucia Bruns und Esther Lehnert den sozialpädagogischen Umgang mit rechten Jugendlichen anhand genderreflektierender und antisemitismuskritischer Perspektiven, wobei Fragen zur Ausgestaltung der Beziehungsarbeit und den Umgang mit Grenzverletzungen und Grenzüberschreitungen eine zentrale Rolle einnehmen.

Im zweiten Kapitel „Antisemitismus, Rassismus und rechte Gewalt. Interdisziplinäre Perspektiven auf die 1990er Jahre in Ostdeutschland“ werden die Forschungsergebnisse durch weitere zeithistorische Beiträge gerahmt. In ihrem Beitrag „Kontextbedingungen des Rechtsextremismus und rechter (Jugend-)Gewalt in Ostdeutschland zu Beginn der 1990er – eine Zeitreise“ untersucht Ursula Birsl die Kontextbedingungen der spezifischen Ausformung rassistischer Gewalt in der Transformationsgesellschaft und geht dafür genauer auf die politische Kultur der DDR sowie den gesellschaftlichen Strukturwandel seit den 1970er Jahren ein. Heike Radvan untersucht die Leerstelle Geschlecht – insbesondere die Fehlwahrnehmung von Mädchen in der Jugendarbeit und Ostsozialisation im sozialpädagogischen Umgang mit rechten Jugendlichen. Fiona Schmidt geht in ihrem Beitrag darauf ein, welche Erklärungspotenziale sich aus rassistuskritischen Forschungsperspektiven zu Polizei, insbesondere zu institutionellem Rassismus und Polizei, ergeben.

Dem Blick in die Gegenwart widmet sich das dritte Kapitel mit Diskussionsbeiträgen unter dem Titel „Jugendarbeit und Polizei revisited. Wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Erkenntnisse für die Gegenwart“. Im Beitrag von Gideon Botsch steht die „Nationale Jugendarbeit“ im Zentrum der Analyse. Danilo Starosta schaut auf das Konzept der Geschichtswerkstätten im Kontext des NSU und der Jugendarbeit in Sachsen. Auch Judith Rahner widmet sich der Kinder- und Jugendarbeit, wirft jedoch den Blick auf die Bedeutung von Geschlecht in der Praxis. Wie sich der polizeiliche Umgang mit Rechtsextremismus seit 1990 verändert, zeichnet Hans-Gerd Jaschke anhand von vier Aktions- und Reaktionsformen auf. Den Abschluss des Bandes stellt der Beitrag der Initiative Cottbus '92 dar: Sie stellt ihr erinnerungspolitisches Engagement zu den rassistischen Pogromen in Cottbus-Sachsendorf 1992 vor.

Danksagung

Die Vielzahl von Perspektiven und Beiträgen ermöglichen es, die verschiedenen Facetten des Umgangs mit jugendlichem Rechtsextremismus in den 1990er Jahren und der Bedeutung für die Praxis der Polizei und Sozialen Arbeit heute zu beleuchten. Dass dieses Buch zustande gekommen ist, ist zuallererst Verdienst aller mitwirkenden Autor*innen. Bei Ihnen möchte wir uns für die treffenden Analysen und anregenden Diskussionen bedanken. Wesentlich für die Analysen

war die Bereitschaft unsere Gesprächspartner*innen aus Wissenschaft, Polizei, Sozialer Arbeit und Zivilgesellschaft, ihre Erinnerung mit uns zu teilen. Ihnen gebührt daher ein besonderer Dank.

Antonia Meißner als studentische Mitarbeiterin und unsere Kooperationspartner*innen das *Aktionsbündnis Brandenburg gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Rassismus*, die *Emil Julius Gumbel Forschungsstelle – Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien*, die *Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus der Amadeu Antonio Stiftung* und die *Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung* haben uns zudem im Prozess begleitet und durch ihre Mitwirkung unseren Forschungsprozess bereichert. Der zweijährige Forschungsprozess wurde ermöglicht durch die Finanzierung des *Instituts für angewandte Forschung* (IFAF) und die Unterstützung unserer Hochschulen – der Alice Salomon Hochschule Berlin und die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin. Für die Unterstützung bei Verwaltungsanliegen und Antworten auf all unsere Fragen möchten wir ausdrücklich Juliane Jurewicz vom IFAF, Susen Frank von der ASH und Claudia Weber von der HWR danken. Zuletzt würde es diesen Band nicht geben ohne die Begeisterung des Beltz Juventa-Verlags für unsere Forschung.

Literatur

- Angermann, Eric (2021): Der Beginn des organisierten Neonazismus in Brandenburg. Die Aktivitäten neonazistischer Kleinparteien in den 1990er Jahren. In: Botsch, Gideon/Schulze, Christoph (Hrsg.): *Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus 1990–2020*. Berlin: be.bra, S. 75–98.
- Beck, Ulrich (1986): *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Berendsen, Eva/Rhein, Katharina/Uhlig, Tom David (2019) (Hrsg.): *Extrem unbrauchbar. Über Gleichsetzungen von links und rechts*. Berlin: Verbrecher.
- Birsl, Ursula (1994): *Rechtsextremismus: weiblich-männlich? Rechtsextremistische Orientierungen im Geschlechtervergleich*. In: *Zeitschrift für Frauenforschung*, 12, H. 1+2, S. 42–63.
- Bohn, Irina/Münchmeier, Richard (1997): *Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Band 1, Dokumentation des Modellprojektes*. Münster: Votum.
- Böhnisch, Lothar/Fritz, Karsten/Seifert, Thomas (1997): *Das Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt. Band 2, Dokumentation des Modellprojektes*. Münster: Votum.
- Botsch, Gideon (2017): *Rechtsextremismus als politische Praxis. Umriss einer akteursorientierten Rechtsextremismusforschung*. In: Kopke, Christoph/Kühnel, Wolfgang (Hrsg.): *Demokratie, Freiheit und Sicherheit. Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke*. Baden-Baden: Nomos, S. 131–146.
- Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2010): *Das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Staat in der Abwehr des Rechtsextremismus. Erfahrungen aus dem Land Brandenburg*. In: Möller, Martin H.W./van Ooyen, Robert (Hrsg.): *Jahrbuch öffentliche Sicherheit. 1. Halbband*. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 151–163.
- Bruns, Lucia (2019): *Der NSU-Komplex und die akzeptierende Jugendarbeit*. Oldenburg: BIS-Verlag.
- Buderus, Andreas (1998): *Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik*. Bonn: Pahl-Rugenstein.
- Buderus, Andreas (2001): *Glatzenpflege auf Staatskosten?! Über Möglichkeiten und Grenzen sozial-pädagogischer Interventionen im Prozeß der Rebarbarisierung des deutschen Alltags*. In: Buderus, Andreas/Dembowski, Gerd/Scheidle, Jürgen (Hrsg.): *Das zerbrochene Fenster. Hools*